

Positionspapier „Industrielle Abwärme / offene Dampfnetze“

Ausgangslage: Dekarbonisierung der Prozessdampfversorgung:

Chemieunternehmen verfügen über mehrere Möglichkeiten, ihre Emissionen zu reduzieren. Neben dem verstärkten Einsatz von Grünstrom und Effizienzsteigerungen in der Produktion spielt insbesondere die Umstellung der Prozessdampfversorgung auf erneuerbare Energien eine zentrale Rolle. Die hierfür erforderlichen Technologien – etwa *Power-to-Heat*-Anlagen, elektrische Wärmespeicher oder Biomasse-Kraftwärmekopplung – sind bereits verfügbar und erprobt.

Herausforderungen bei Transformationsvorhaben in Chemieparcs:

Unternehmen außerhalb von Chemieparcs betreiben ihre Energieversorgung in der Regel eigenständig, etwa über eigene Kraftwerke und Rohrleitungsinfrastrukturen für die Dampfversorgung. Transformationsprojekte können dort weitgehend unabhängig geplant und umgesetzt werden.

In Chemieparcs ist die Situation grundlegend anders: Die Versorgung mit Energie und Sekundärmedien wie Dampf, Druckluft, Kälte oder Wasser erfolgt häufig durch einen unabhängigen Betreiber. Dieser kontrolliert sowohl die Erzeugungsanlagen als auch die zentrale Infrastruktur, insbesondere das Dampfnetz.

Für die ansässigen Unternehmen entsteht dadurch eine strukturelle Abhängigkeit. Der Zugang zur Infrastruktur liegt nicht in ihrer eigenen Entscheidungshoheit und steht nicht ohne Weiteres zur Verfügung. Gleichzeitig bestehen für Betreiber oftmals geringe wirtschaftliche Anreize, Transformationsmaßnahmen zu unterstützen, da diese mit einem sinkenden Energieabsatz verbunden sein können.

Diese Struktur stellt eine zentrale Hürde für die industrielle Transformation dar. Ohne verlässlichen Zugang zur Infrastruktur sind Maßnahmen wie die Nutzung von Abwärme, der Einsatz von Biomasse oder die Elektrifizierung der Dampferzeugung – etwa durch Elektrodenkessel – nur eingeschränkt oder nur zu deutlich höheren Kosten möglich.

Folgen eingeschränkten Zugangs zum Dampfnetz:

- Ein fehlender verlässlicher Zugang zum Dampfnetz verhindert die Umsetzung zentraler Transformationsvorhaben und erschwert damit die Erreichung der Klimaziele der Unternehmen.
- Zugleich bleiben Unternehmen länger als notwendig hohen Kosten aus dem Emissionshandel sowie steigenden Primärenergiekosten ausgesetzt, was ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.
- Gleichzeitig zeigt sich, dass eine stärkere Nutzung vorhandener Abwärmepotenziale in Chemieparcs nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, sondern auch wirtschaftliche Vorteile für den Standort bietet. Eine systematische Integration von Abwärme kann die Kostenstruktur der Dampfversorgung verbessern und damit sowohl die Wirtschaftlichkeit des Chemieparkbetriebs als auch die Wettbewerbsfähigkeit der dort ansässigen Unternehmen stärken.
- Hinzu kommt ein struktureller Widerspruch: Für die Elektrifizierung von Prozesswärme bestehen bereits Förderprogramme, weitere Maßnahmen sind im Klimaschutzprogramm 2026 vorgesehen. Ohne Zugang zur bestehenden Infrastruktur können diese Instrumente jedoch faktisch nicht genutzt werden.

Politische Ausgangslage und Handlungsbedarf:

Der diskriminierungsfreie Zugang zu Strom- und Gasnetzen ist in § 20 EnWG geregelt. Für Wärme- und Dampfnetze fehlt eine entsprechende Regulierung bislang; sie unterliegen keinem vergleichbaren Ordnungsrahmen.

Die beschriebenen strukturellen Nachteile und fehlenden rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten zeigen einen klaren Regelungsbedarf. Ein diskriminierungsfreier Zugang zu Wärme- und Dampfnetzen muss gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus sollte der Umgang mit industrieller Abwärme in Verbundstandorten systematisch geregelt werden, damit vorhandene Wärmequellen effizient nutzbar gemacht werden und Unternehmen in Chemieparcs eigene Transformationsprojekte durchführen können.